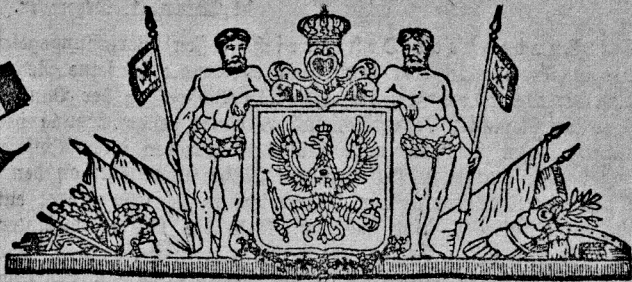


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags und Montags nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66 $\frac{2}{3}$ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantw. für die Redaktion (m. Ausn. d. Handelsteils): i. V. Jul. Elbau in Bln.-Tempelhof. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Deutscher Aufruf in Oberschlesien.

Gegen getrennte und zonenweise Abstimmung.

Rattowitz, 1. Dezember. (W. L. B.)

Die deutschen Parteien Oberschlesiens veröffentlichen folgenden Aufruf:

Der Verübung von Gewalttaten und Verbrechen und durch Verbreitung von Schredensnachrichten versucht die allpolnische Propaganda die Landsleute aus dem Reiche an der Ausübung ihres Stimmrechts zu hindern. Den Deutschen werden Greuelthaten unterstellt, um die Empörung in der gesitteten Welt über die eigenen Schandthaten nicht aufkommen zu lassen. Korantny und sein allpolnischer Anhang versuchen aber auch, den Friedensvertrag zu durchbrechen und den außerhalb Oberschlesiens Wohnenden das Stimmrecht zu nehmen. In diesem Bestreben wird er von der französischen Presse, die mit allen Mitteln auf eine Schädigung des deutschen Volkes hinarbeitet, tatkräftig unterstützt.

Unter dem Vorwand, daß das Erscheinen unserer ober-schlesischen Landsleute Unruhen in Oberschlesien verursachen würde, versucht man, sie von Oberschlesien fernzuhalten und will sie an einem anderen Orte abstimmen lassen. Es gibt auch in Polen viele geborene Oberschlesier. Will Korantny auch ihre Einreise verhindern? Fürchtet er, daß sie, durch die Zustände in ihrer Heimat belehrt, Oberschlesien vor dem gleichen Schicksal zu bewahren suchen werden? Die Ruhe von Oberschlesien ist nur durch Korantny und seine Agitatoren gefährdet. Ruhe und Ordnung sind in der Abstimmungszeit gesichert, wenn die Befehlsmächte ihre Pflicht erfüllen und schonungslos gegen alle Mißstörer vorgehen.

Um das Ergebnis der Abstimmung zu fälschen und sie günstig für Polen zu gestalten, arbeitet Korantny seit Monaten darauf hin, die Entente zu bewegen, daß die Abstimmung nicht an eine Lage in ganz Oberschlesien, sondern zonenweise stattfindet.

Gegen diese Mächenschaften, die auf eine Verletzung des Friedensvertrages hinarbeiten, erheben wir feierlichen Protest. Zu diesem Protest müssen sich alle Oberschlesier, gleich wo sie wohnen, einig zusammenschließen. Wir protestieren gegen eine zonenweise oder getrennte Abstimmung. Wir wollen nur die restlose Erfüllung des Friedensvertrages und die Befehlsmächte tragen die Verantwortung dafür, daß er erfüllt wird.

Die deutschen Parteien in Oberschlesien: Katholische Volkspartei, Sozialdemokratische Partei, Demokratische Partei, Deutschnationale Volkspartei.

Der Erlass des Fürstbischofs von Breslau.

Drahtmeldung.

Beuthen, 1. Dezember.

Eine Konferenz der polnischen Geistlichen hat zu dem Erlass des Kardinals Vertram, in dem den Geistlichen verboten wird, sich ohne ausdrückliche Erlaubnis des örtlichen zuständigen Pfarrers politisch zu betätigen, eine Entschliessung angenommen, in der die 91 anwesenden polnischen Geistlichen erklären, daß sie sich dem Erlass unterwerfen würden, solange er Gültigkeit habe. Sie sprachen aber zugleich das tiefste Bedauern aus, daß dieser Erlass in einer so gespannten Zeit erfolgte. Er stelle eine Ausnahmemaßnahme dar, deren Beseitigung die polnische Geistlichkeit mit legalen Mitteln in Angriff nehmen würde. In den Vatikan soll ein Memorandum gerichtet werden. Die deutschen Geistlichen hatten sich auf Versammlungen in Beuthen und in Oppeln den Weisungen des Kardinals ohne Vorbehalt einmütig unterworfen.

Der Hirtenbrief des Fürstbischofs von Breslau, der den Geistlichen in Oberschlesien die politische Betätigung verbietet, hat in der polnischen Presse große Erregung hervorgerufen. Der Unwille richtet sich, da Kardinal Vertram den Hirtenbrief mit päpstlichem Wissen und Willen erlassen hat, nicht nur gegen den Kardinal, sondern auch gegen den päpstlichen Nuntius, dem man eine offensichtlich Polen schädigende Unfähigkeit vorwirft. „Rocznikowski“ fordert die Befreiung Oberschlesiens von der Herrschaft des Breslauer Episkopats. Polen müsse sich direkt an den Papst wenden.

Ministerkrise in Ungarn.

Drahtmeldung.

Wien, 1. Dezember.

In Ungarn ist eine teilweise Regierungskrise ausgebrochen. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde über die Geldinstituts-Zentrale beraten, wobei der antisemitische Abgeordnete Karl Eröly den Antrag stellte, daß ein Para-

graph gestrichen werde, der bestimmt, daß bis auf weiteres kein neues Geldinstitut errichtet werden dürfe; denn sonst würde das christliche Volk an der Errichtung volkswirtschaftlicher Institute verhindert werden, während die Großbanken auch weiterhin in der Lage wären, Filialen zu errichten, und dadurch einseitig begünstigt würden. Finanzminister Koranyi sprach sich gegen die Streichung aus, doch wurde der Antrag Eröly unter dem Bei-

fall der äußersten Dringlichkeit angenommen. Bemerkenswert ist, daß auch der Präsident der Regierungspartei, Prohaska, gegen die Regierung gestimmt hat. Finanzminister Koranyi erklärte, er werde dem Ministerpräsidenten seine Demission anmel-den, zumal eine ganze Reihe von Maßnahmen, die er im Interesse des Landes für notwendig hielt, nicht durchzuführen waren.

Zwangsanleihe und Reichsnotopfer

Havensteins Rede.

Die Erörterungen des Steueraus-schusses des Reichstages über den Gesetzentwurf zur beschleunigten Einziehung des Reichsnotopfers haben durch die Rede des Reichsbankpräsidenten Havenstein, über die wir in unserer gestrigen Abendausgabe bereits berichtet haben, eine neue wichtige Wendung erfahren. Präsident Havenstein, der von dem Steueraus-schuss ausdrücklich ersucht worden war, den Standpunkt der Reichsbank zu der Frage, wie der Finanznot des Reiches zu steuern sei, darzulegen, hat den Vorschlag, die Erhebung des Reichsnotopfers zu kombinieren mit der Ausgabe einer Zwangsanleihe, in den Vordergrund gerückt. Der Ausschuss hat, wie gemeldet, auf Grund der eindrucksvollen Ausführungen Havensteins seine Beratungen unterbrochen, um den Fraktionen neue Gelegenheiten zu geben, zu dem Problem Stellung zu nehmen. Ueber die Rede des Präsidenten Havenstein selbst hören wir noch das Folgende:

Havenstein ging bei seiner Darstellung von drei Punkten aus. Er sagte erstens, daß eine wesentlicher Faktor der Mürung unserer Finanzlage sich in den Entschädigungsansprüchen der Feinde berge. Hierüber müsse unbedingt bald Klarheit geschaffen werden. Nicht minder wichtig sei eine Herabminderung der geradezu ungeheuerlichen Kosten der feindlichen Besatzung, die wir ja aus den mehrfachen Erörterungen der Presse kennen. Schon diese Kosten allein machen die Aufstellung eines geordneten Reichs-Etats illusorisch. Zweitens ist es notwendig, daß die Handelsbilanz des Reiches nun endlich einmal wieder aus der Passivität herauskommt. Heute beträgt der Einfuhrüberschuß monatlich noch etwa 5 bis 6 Milliarden Mark. Nichts dürfe unterbleiben, das geeignet ist, hier den Zustand des Gleichgewichts herzustellen. Drittens ist zur Hebung unserer Finanznot eine Besserung unserer Reichsfinanzwirtschaft nötig. Denn ohne eine solche ist es nicht möglich, daß die Vermehrung der Notenausgabe aufhört, und ohne ein Aufhören der Zunahme des Papiergeldumsatzes ist auch nicht an eine bessere Bewertung unseres Papiergeldes auf dem internationalen Geldmarkt zu rechnen. Von Ende 1919 bis jetzt (23. November) ist die schwebende Schuld des Reiches von 86 auf 146 $\frac{1}{2}$ Milliarden Mark gestiegen, d. h. um 60 Milliarden; allein seit dem 23. April betrug die Steigerung 52,8 Milliarden, d. h. das Zehnfache dessen, was die ganze Vorkriegsschuld betrug. Der Papiergeld-umlauf (Banknoten und Kassenscheine) stieg von Ende 1919 bis 23. November d. J. von 50 auf 75 Milliarden an. Er hat sich in diesem elf Monaten um mehr als das Fünffache des gesamten Geldumsatzes der Vorkriegszeit vermehrt. Das sind Zustände, denen unbedingt entgegen gearbeitet werden muß. Es ist nötig, dem Rade des Verhängnisses, dem wir entgegengehen, in die Speichen zu fallen. Geht hier nichts, sondern beharren wir beim Hinabgleiten auf der abschüssigen Ebene, so sind wir vielleicht in einem oder in zwei Jahren bei österreichischen Zuständen, nämlich mitten in der Assignaten-Wirtschaft. Wir müssen mit verschärfter Macht bremsen, und als diesen starken Hemmschuh brauchen wir in Verbindung mit der beschleunigten Erhebung des Notopfers die Aufnahme einer Zwangsanleihe. Der Zeitpunkt dafür sei noch nicht zu spät, vorausgesetzt, daß der Reichstag schnelle Arbeit leistet. Die Zwangsanleihe wäre (wie übrigens schon früher in der „Vossischen Zeitung“, und zwar zuerst in ihr, auseinandergesetzt) so zu denken, daß ein Viertel des Vermögens in ihr anzulegen ist, wobei die in bar geleisteten Zeichnungen auf Kriegsanleihe und die Zahlungen auf das Reichsnotopfer als Teil dieser Zwangsanleihe gelten. Um die Betriebskapitalien zu schonen, sollen Betriebsvermögen nur mit der Hälfte, also mit etwa $\frac{1}{4}$, herangezogen werden. Die Zwangsanleihe wäre etwa mit einem 4proz. Typus auszustatten und so herauszubringen, daß sie nicht als Konkurrenz zu den anderen Reichsanleihen auf den Kurs drückend in Frage kommen kann. Es sei zu erwarten, daß die Zwangsanleihe in solcher Kombination mit der beschleunigten Einziehung des Reichsnotopfers etwa 20 Milliarden Mark erbringen würde, während die Beschleunigung des Reichsnotopfers allein nur 10 Milliarden Mark Erträge zu erhoffen lasse. Die Zwangsanleihe wäre von der Kapitalertragsteuer zu befreien.

Präsident Havenstein fügte hinzu, daß man sich zu überlegen habe, wie innig die Besserung unserer Valuta mit

den Preisen der Lebensbedürfnisse bei uns verbunden sei. Man solle sich überlegen, daß in der ganzen Welt die Preise heute ein mehrfaches der Friedenspreise betragen. Selbst in dem Lande der besten Valuta, in den Vereinigten Staaten nämlich (nur Japan hat eine bessere), kosten die wichtigsten Lebensbedürfnisse jetzt das Dreifache dessen, was man im Frieden dafür zu zahlen hatte. Bei uns nun sind die Preise im Durchschnitt etwa um das Zehnfache gestiegen, d. h., wenn man die erschreckende Entwertung unserer Valuta in Betracht zieht, noch lange nicht so stark, als wie es der Erhöhung der Weltmarktpreise entspricht. Läßt man den Verhältnissen freien Lauf auf der abschüssigen Ebene, so könnten wir schließlich dahin kommen, daß unsere Lebensbedürfnisse mehr als das Dreifache des jetzigen bei uns kosten. Das wäre natürlich eine unheilvolle, alles auf den Kopf stellende Entwicklung. Schon darum sei es unbedingt nötig, daß die Verschlechterung unserer Valuta aufgehalten wird.

Es wäre sehr zu wünschen, daß die Vorschläge Havensteins auf fruchtbaren Boden fallen. Ueber die Dringlichkeit, der Finanznot des Reiches auf die eine oder andere Weise beschleunigt abzuhelfen, braucht an dieser Stelle kein Wort verloren zu werden. Die Kombination der beschleunigten Einziehung des Reichsnotopfers mit der Zwangsanleihe, in der Art, wie sie Havenstein vorschlägt, hat zweifachen Vorteil.

Erstens verspricht sie dem Reiche schnell größere Summen zuzuführen, als es bei der beschleunigten Einziehung nach dem Regierungsentwurf der Fall wäre und zweitens ist bei der Form der Zwangsanleihe eine stärkere Schonung des Betriebskapitals möglich. Die plötzliche Entziehung zu großer Mengen von Betriebskapital ist ja das wesentliche wirtschaftliche Bedenken gegen die schnelle Erhebung erheblicher Teile des Reichsnotopfers. Da es nicht unbekannt ist, daß der Reichsfinanzminister vor der Einbringung der Gesetzesvorlage, die jetzt den Reichstag beschäftigt, selbst die Idee der Aufnahme einer Zwangsanleihe vertreten hat, die damals allerdings von dem Gesamtkabinet verworfen wurde, ist es nicht unwahrscheinlich, daß der Reichsfinanzminister bereit wäre, sich im Kabinet mit neuem für die Aufnahme des Havensteinschen Planes einzusetzen, unter der Voraussetzung, die er gestern im Ausschuss formuliert hat, nämlich daß die Fraktionen sich verbürgen, daß durch die Umwandlung des Planes keine Verzögerung seiner Durchführung eintreten würde.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat in einer Eingabe an den Steueraus-schuss des Reichstages eine Fülle von Bedenken gegen die Reichsnotopfer-Novelle vorgetragen. Er hat insbesondere die Forderung vertreten, daß der Reichswirtschaftsrat bei der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Gesetzes gutachtlich gehört werden müßte. Er hat vor Uebereilung gewarnt und unterstrichen, daß die wirtschaftlichen Interessen dem augenblicklichen finanziellen Erfolg vorangestellt werden müßten. So beachtlich viele Einzelbeschwerden in dieser Eingabe sind und so sehr es richtig ist, daß die Interessen der Wirtschaft bei der Gestaltung der Steuergesetzgebung maßgebend sein müssen, so ist doch nicht zu verkennen, daß die Eingabe des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sich leider wieder nur auf die Kritik beschränkt, ohne positive bessere Lösungsvorschläge zu machen. Diese Eingabe verkennt auch, im Gegensatz zu der Rede des Reichsbankpräsidenten, eine wie starke Bedeutung gerade für die Wirtschaft die Hemmung der Massenarbeit der Notenpresse hat, die unvermeidlich ist, wenn dem Reich nicht schnell neue Mittel zugeführt werden. Nur wenn dieses Ziel erreicht wird, wenn es gelingt, die schwebenden Schulden des Reiches nicht weiter anzuwachsen zu lassen, nur dann besteht auch die Aussicht, einer dauernden Verschlechterung der deutschen Valuta Grenzen zu ziehen, und niemand wird leugnen, daß es sich hier um eine Frage von größter Bedeutung für die Gesamtwirtschaft handelt.

Wenn für den Augenblick die Zwangsanleihe in Verbindung resp. als Ersatz für die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers notwendig erscheint und deshalb ohne Verschleppung durchgeführt werden sollte, so darf auf der andern Seite kein Augenblick die Illusion genährt werden, als ob mit der Zwangsanleihe an sich eine Sanierung der Reichsfinanzen gegeben wäre. Wenn man jetzt die Zwangsanleihe durchführt und dann die Wirtschaft und die Finanzen im Reiche weiter planlos treiben läßt, so würde allerdings nach einer Augenblickserleichterung der Jammer später nur umso größer wer-